Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 88. **Freitag, 16. April 1926, abends.** **79. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post und durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. (Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige: die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige: zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage: „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die deutsche Antwortnote an Genf.

Die am Donnerstag in Genf überreichte deutsche Antwortnote auf die Einladung des Völkerbundssekretariats zur Teilnahme an der Studienkommission enthält neben der Erklärung, daß die deutsche Regierung sich zur Entsendung eines Vertreters entschlossen habe, den Hinweis darauf, daß die deutsche Regierung sich volle Freiheit ihrer Entschließungen auch nach Abschluß der Verhandlungen vorbehalte. Die Frage der deutschen Vertretung ist noch immer nicht geklärt, da die Aussprachen mit den anderen Mächten noch nicht erkennen lassen, ob man die juristische oder die politische Behandlung der Ratsfrage bevorzugen wird.

Wahrscheinlich wird die Ernennung der einzelnen Vertreter erst kurz vor Beginn der Kommissionsberatungen erfolgen, da nach scheinbarer Uebereinkunft der Mächte davon Abstand genommen worden ist, Richtlinien auszuarbeiten und mit gebundener Marschroute in Genf zu erscheinen. Man will allerseits die Entwicklung der Debatte abwarten und bei wichtigen Vorschlägen einzelner Vertreter Rückfragen an die Regierungen richten, um deren Standpunkt bei der Debatte in die Wagschale zu werfen. Die deutsche Regierung sieht besonders deshalb von der Aufstellung bestimmter Richtlinien ab, da ihr Standpunkt bereits seit Wochen in der Ratsfrage festgelegt ist und eine Bindung für die Freiheit der deutschen Entschließung, die in der Note einer besonderen Betonung unterliegt, sehr unzweckmäßig wäre. Als kleinen Beweis für den Willen der fremden Mächte, Deutschland nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen, und es als gleichberechtigtes Mitglied der Kommission anzuerkennen, betrachtet man den Beschluß der Liga für Völkerbundsfragen, die in Brüssel vor einiger Zeit tagte, die Frage der Ratserweiterung zurückzustellen, um den Arbeiten der Studienkommission in keiner Weise vorzugreifen.

Vor Absendung der Note hat eine offizielle Fühlungnahme der Regierung mit parlamentarischen Kreisen nicht stattgefunden, da zwischen den Führern der Regierungsparteien und den Leitern der deutschen Außenpolitik über die Fortführung der Locarno-Politik Uebereinstimmung bestand. Es ist bekannt, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungskoalition über Zweckmäßigkeit der Beteiligung an der Studienkommission bestanden, ehe man deren Charakter und Arbeitsweise kannte. Die Regierung stellt sich nun auf den Standpunkt, daß die Beteiligung an der Kommission die naturnotwendige Folge der Anerkennung der Locarno-Verträge sei und daß es von der Geschicklichkeit der deutschen Diplomatie abhänge, den deutschen Rechtsstandpunkt zu wahren und durchzusetzen. Es wird auch besonders darauf hingewiesen, daß die Einsetzung einer besonderen Kommission bei dem Auftauchen der Schwierigkeiten auf der Genfer Tagung von deutscher Seite vorgeschlagen worden ist. Es bedeutete eine Unhöflichkeit, eine Absage zu erteilen, nachdem die Gegenseite den deutschen Vorschlag aufgenommen und verwirklicht habe.

Aus dem bisherigen Meinungsaustausch der Mächte hat sich ergeben, daß die Arbeiten der Studienkommission gutachtlichen Charakter haben werden, und daß die Beschlüsse sowohl der Mehrheit wie der Minderheit dem Völkerbundsrat auf der Herbsttagung zur Beschlußfassung und Entscheidung vorgelegt werden sollen. Es läßt sich jetzt natürlich noch nicht voraussagen, welcher der Auffassungen der deutsche Vertreter sich anschließen wird. Seine Hauptaufgabe wird darin liegen, im Verlaufe der Debatte ständig auf die Gefahren hinzuweisen, die sich aus einer Nichtachtung der deutschen Stellungnahme ergeben könnten. Von dem Ausgang der Verhandlungen wird es dann abhängen, ob die Reichsregierung den Eintritt in den Völkerbund vollzieht oder ihn ablehnen muß, falls ohne das deutsche Einverständnis konstruktive Veränderungen des Rates vorgenommen werden.

Das Rapallogespenst.

Es kommt nicht darauf an, festzustellen, nachzuprüfen, was die „Times" in ihrer gestrigen Alarmmeldung gesagt hat, sondern warum sie diese aufsehenerregende Meldung bringen zu müssen geglaubt hat. Sollte sie etwa dazu dienen, die tatsächlich schwebenden Besprechungen zwischen Berlin und Moskau zu stören? Wenn dies der Zweck dieser Veröffentlichung gewesen ist, so war sie zum mindesten ein sehr untaugliches Mittel. Es ist auch keineswegs anzunehmen, daß die Mitteilung der „Times", weder in den offiziösen Kreisen von London, noch bei den amtlichen Stellen in Paris irgendwelches Erstaunen ausgelöst habe. Denn Deutschlands Partner am Locarnovertrag waren von diesen Besprechungen unterrichtet. Sie wußten ganz genau, daß die Reichsregierung nicht gewillt ist, entgegengesetzt dem Geist von Locarno Geheimverhandlungen zu führen, die das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hätten. Auch über den Stoff der Verhandlungen dürften die Ententemächte im Bilde sein. Deutschland hat in Locarno niemals mit seiner Ansicht zurückgehalten, daß die guten Beziehungen, die es mit der benachbarten Sowjetunion anzuknüpfen verstanden hat, durch die Verständigung mit den Westmächten nicht getrübt werden sollten. Das russische Mißtrauen über Deutschlands Locarnopolitik ist bekannt. Warum sollte die Reichsregierung nicht alles tun, um dieses Mißtrauen zu zerstreuen? Das Reich hat ein großes Interesse am Frieden. Aber nicht nur an einem Frieden mit den Versailler Siegermächten, sondern auch an einem Frieden mit Rußland, der für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands eine Lebensnotwendigkeit ist. Die Klärung des Verhältnisses Deutschlands zu Rußland ist der alleinige Inhalt der Besprechungen, die zur Zeit zwischen Berlin und Moskau schweben. Es ist lächerlich zu behaupten, daß diese diplomatischen Unterhaltungen auf die Schaffung eines Garantievertrages oder einer Rückversicherung hinzielen. Ein Garantievertrag kann nur von einem Militärstaat abgeschlossen werden, zum mindesten von einer Nation, die nicht so militärisch ohnmächtig ist, wie Deutschland. Wenn Rußland vielleicht einen Garantievertrag mit der Türkei schloß, so paktierte es mit einem Partner, der in militärischer Hinsicht einen Faktor darstellt. Eine solche Voraussetzung trifft für Deutschland nicht zu. Wer ferner auch nur einigermaßen Einblick in die parlamentarischen Verhältnisse Deutschlands hat, wird feststellen müssen, daß es ein Unding ist, die „derzeitige" Reichsregierung mit einer Verzweiflungspolitik in Verbindung zu bringen, die unbedingt gegeben wäre, wenn sich Deutschland jetzt aus Enttäuschung über das Genfer Possenspiel einem militärischen Bündnis mit den Sowjets in die Arme werfen würde. Wer unsere Sozialdemokraten kennt, unsere Demokraten und ferner weiß, wie stark ihr Einfluß sich auf die Gestaltung der deutschen Außenpolitik auswirkt, wird verstehen, daß eine diplomatische Aktion, wie sie die „Times" Deutschland vorwirft, einfach unmöglich ist. Die Sachlage ist zu klar, als daß unsere Westgegner sich ihr verschließen können. Damit dürfte die ganze Angelegenheit ihre Erledigung finden.

•

Die deutsche Verständigung mit Rußland.

vdz. **Berlin.** In der von der ausländischen Presse mit besonderem Eifer behandelten Angelegenheit der Verständigungsverhandlungen zwischen der deutschen und der russischen Regierung sei noch einmal festgestellt, daß **diese Verständigung lediglich dem Zwecke dient, das Gleichgewicht zu präzisieren, das Deutschland in Locarno für sich in Anspruch genommen hat, als es eine Option gegen den Osten ablehnte.** Ueber die endgültige Gestaltung eines neuen Vertrages, der keineswegs als ein „Rückversicherungs-Vertrag" angesehen werden darf, läßt sich im Augenblick noch gar nichts sagen, da die Einzelheiten überhaupt noch nicht feststehen. Die Verständigung zwischen Deutschland und Rußland darf ferner **nicht als ein Unrecht gegen Polen** bezeichnet werden, der Frieden wird vielmehr dadurch besonders gesichert, wenn Deutschland über die polnische Grenze hinaus bis nach Moskau eine Friedenssicherung schafft. Die ausländische Presse glaubt bereits Einzelheiten des Vertragsentwurfs mitteilen zu können, ihre Angaben geben aber, wie wir an unterrichteter Stelle hören, ein unzutreffendes Bild. Als zweifellos darf aber festgestellt werden, daß in einer solchen Vereinbarung zwischen Deutschland und Rußland kein Verstoß gegen die Verpflichtungen liegen würde, die Deutschland in Locarno dem Völkerbunde gegenüber auf sich genommen hat. Von den amtlichen Stellen in England ist anerkannt worden, daß die anderen Mächte loyal von Deutschland über die Verhandlungen auf dem Laufenden erhalten worden sind.

Reichsratsbeschlüsse.

Berlin. Der Reichsrat stimmte in seiner öffentlichen Vollsitzung vom Donnerstag der **Errichtung einer Abrechnungsstelle im Scheckverkehr bei der Reichsbankstelle in Rostock** zu und nahm weiterhin das **deutsch-belgische Abkommen über Ausübung der Heilkunde im Grenzverkehr** an. Durch dieses Abkommen wird im wesentlichen die Vereinbarung von 1873 erneuert, wonach deutsche oder belgische Aerzte, Tierärzte und Hebammen in gleicher Weise die Praxis in den Grenzorten ausüben dürfen. Angenommen wurde eine Verordnung, wonach die **Verarbeitung von Schießpulver in der Hausarbeit verboten** wird.

Beim **Reichsgericht** muß infolge der Aufhebung des Staatsgerichtshofs ein neuer Strafsenat errichtet werden. Der Reichsrat erklärte sich mit dem Vorschlag des Reichsjustizministers einverstanden, daß die neue Senatspräsidentenstelle dem seit 1914 beim Reichsgericht tätigen Reichsgerichtsrat Franz Kapphuhn übertragen wird.

Um das Fürsten-Abfindungskompromiß.

vdz. **Berlin.** Die Vertreter der Regierungsparteien sind, unter Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Külz, noch einmal im Reichstag zusammengetreten, um sich mit dem neuen Entwurf des Fürsten-Abfindungsgesetzes, der vom Reichsjustizministerium ausgearbeitet worden ist, zu beschäftigen. Es handelt sich dabei um eine Einzelberatung über die noch strittigen Punkte. Hierzu soll nicht die Frage der Rückwirkung gehören. Vielmehr handle es sich um rechtliche Bedenken gegenüber manchen Einzelheiten des Gesetzes, die aus den Kreisen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei geltend gemacht worden sind. Das Kabinett beabsichtigt, von sich aus die Fühlung mit den Parteiführern aufzunehmen, um eine völlige Einigung zunächst unter den Regierungsparteien zustande zu bringen. Im Laufe des heutigen Freitags werden Reichsinnenminister Dr. Külz, Reichsjustizminister Dr. Marx und ihre Ministerialbeamten gemeinsam die Führer der Regierungsparteien empfangen. Dann werden die Minister auch die Vertreter der Sozialdemokratie zu sich bitten. Man hofft, auf diesem Wege zu einer Einigung zu kommen.

Die Landung der „Norge" bei Leningrad.

Leningrad. (Funkspruch.) Die Landung der „Norge" ging mit Hilfe von 300 Soldaten glatt vor sich. Da die Versuche, eine direkte Funkverbindung mit dem Luftschiff herzustellen, vergeblich gewesen waren und die ungünstigen meteorologischen Verhältnisse die Besorgnis steigerten, flog ein Flugzeuggeschwader mehrere Male aus, um das Luftschiff zu suchen. Die Verspätung wird durch die Expedition dadurch erklärt, daß es infolge des dichten Nebels gänzlich unmöglich war, irgendwelche genauen Beobachtungen anzustellen. Den Teilnehmern der Expedition wurden Räumlichkeiten des ehemaligen Zarenpalais in Gatschina zur Verfügung gestellt.

Waffenstillstand in Marokko.

Paris. Nach Nachrichten aus Marokko bestätigt es sich, daß **Abd el Krim** seinen Truppen den Befehl gegeben hat, die **Feindseligkeiten auf der französischen Front einzustellen.** Die Bewegungen unter den Riftruppen halten jedoch ebenso wie bei den französischen Truppen an, **Stellungen für den Fall vorzubereiten, daß die Friedensverhandlungen nicht zu dem erwarteten günstigen Verhältnis führen.**

Ueber die Friedensverhandlungen mit Abd el Krim.

)(**Paris.** Das „Journal des Débats" berichtet über eine Unterredung mit General Primo de Rivera, die dieser einem Vertreter des Blattes gewährt hat. Ueber die bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Abd el Krim erklärte der spanische Ministerpräsident: Noch viele Punkte sind zu regeln. Wenn Abd el Krim will, kann er Frieden haben; man wird ihm sein Vermögen und seine Familie belassen und ihm eine bedeutende Pension aussetzen. Es hängt nur von ihm ab, dies anzunehmen. Tut er es nicht, dann ist alles vorbereitet: in sechs Monaten wird es mit Abd el Krim und dem Rifgebiet zu Ende sein. 1924 wagte er, von mir Kanonen zu fordern sowie Flugzeuge und Munition. Es ist möglich, daß er auch jetzt noch große Forderungen stellt; dann werden wir ihn vernichten. Auf die Frage, welch besonderes Regime im Rifgebiet und bei den Unterworfenen eingeführt werden solle, antwortete Rivera, das sei eine Frage, die noch zu regeln sei. Es könne aber wohl möglich sein, daß man die Autorität des Sultans wieder herstellen und dann ein gemischtes Regime einführen werde mit einer aus Franzosen und Spaniern gebildeten Eingeborenenpolizei.

Der deutsch-polnische Streitfall.

)(**Haag.** Vor dem Internationalen Gerichtshof fand die Fortsetzung der Verhandlungen im deutsch-polnischen Streitfall statt, nachdem der Gerichtshof bereits kurz zuvor eine kurze Sitzung abgehalten hatte. Die Vertreter der beiden Parteien haben sich bereit erklärt, trotz der zeitweiligen Verhinderung eines Mitglieds des Gerichtshofes weiter zu verhandeln. Der wegen Erkrankung abwesende Richter Novanowitsch soll auf Grund der getroffenen Vereinbarung zwischen den Parteien weiterhin dem Gerichtshof angehören, obwohl er augenblicklich den Sitzungen nicht beiwohnen kann. Die Vormittagssitzung wurde gänzlich durch die Erklärungen des von deutscher Seite als Sachverständigen geladenen Präsidenten der Bergwerksdirektion Hindenburg, Buntzel, ausgefüllt, der **ausführliche technische Darlegungen über den oberschlesischen Bergbau** und **über den Schaden** machte, der **durch die Ausbeutung der Bergwerke** auf der über den Bergwerken liegenden Bodenoberfläche verursacht wird. Dem Sachverständigen wurden zu diesem Gegenstand sowohl vom Vertreter der polnischen Regierung als auch von dem Präsidenten und einem Mitglied des Gerichtshofes eine Reihe von Fragen zur Beantwortung vorgelegt.

In der Nachmittagssitzung gaben die deutschen Sachverständigen Professor Goeppert und Professor Zorn Erläuterungen über die Eigentumsverhältnisse der Gräflich Ballestrem'schen Landgüter und über die landwirtschaftliche Seite des obigen Problems ab.

Erneute Lärmszenen im Unterhause.

)(**London.** Im Unterhause kam es gestern abend bei der Beratung der Sparsamkeitsvorlage der Regierung abermals zu lärmenden Auftritten. Der Beginn der Sitzung, bei der das Unterhaus als Ausschuß tagte, war ruhig. Der Lärm begann, als der Sprecher der Regierung gestattete, einen Antrag auf Schluß der Debatte bei einem Abänderungsantrage der Mitglieder der Arbeiterpartei zu stellen. Die Mitglieder der Arbeiterpartei widersprachen lärmend; der Antrag wurde jedoch angenommen. Das Haus nahm hierauf die Bestimmung der Vorlage an, zu der die Arbeiterpartei ihren Abänderungsantrag eingebracht hatte. Der frühere Kolonialminister Thomas teilte hierauf mit, er werde einen Mißbilligungsantrag gegen den Sprecher einbringen, der sich der Parteilichkeit schuldig gemacht habe.

Ankunft der Wiener Sänger in Hamburg.

)(**Hamburg.** Die Mitglieder des Wiener Lehrer-A-cappella-Chores sind gestern nachmittag hier eingetroffen. Abends fand ein Konzert des Wiener Chors in der Musikhalle statt. Heute mittag werden die österreichischen Gäste vom Senat empfangen; nachmittags fahren sie nach **Bremen** weiter.

SLUB
Wir führen Wissen.